Musikalische Bildung 2035 – jetzt die Weichen stellen!

Politische Forderungen der niedersächsischen Musikschulen

Musikalische Bildung ist öffentlicher Auftrag

Die öffentlichen Musikschulen in Niedersachsen sind zentrale Orte kultureller Bildung, gesellschaftlicher Teilhabe und demokratischer Praxis. Sie verbinden Breitenförderung mit Talententwicklung, sichern den Nachwuchs für Musikleben und Musikpädagogik und leisten einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung junger Menschen.

Musikalische Bildung ist kein freiwilliges Zusatzangebot, sondern integraler Bestandteil öffentlicher Bildungs- und Kulturverantwortung. Diesen Auftrag erfüllen die Musikschulen seit Jahrzehnten flächendeckend, qualitätsgesichert und mit hoher gesellschaftlicher Wirkung – trotz oftmals schwieriger Rahmenbedingungen. Gerade im Flächenland Niedersachsen und insbesondere im ländlichen Raum sind sie häufig die einzigen verlässlichen Träger musikalischer Bildungsangebote. Ihre Strukturen entscheiden dort unmittelbar darüber, ob Kinder und Jugendliche Zugang zu kultureller Bildung erhalten.

Das System gerät unter Druck

Trotz ihrer Leistungen ist die aktuelle Lage kritisch. Die Finanzierung der Musikschulen bleibt trotz steigender Nachfrage seit Jahren strukturell unzureichend. Der Landesanteil von derzeit 4,8 % der Gesamtkosten liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 12 % und reicht nicht aus, um stabile und sozial gerechte Strukturen dauerhaft zu sichern. Kommunen und Eltern tragen zusammen rund 90 % der Aufwendungen.

Die Folgen sind bereits sichtbar: steigende Gebühren, wachsende Belastungen der Kommunen und zunehmende Zugangshürden für Familien. Besonders gravierend sind diese Entwicklungen im ländlichen Raum. Dort treffen steigende Kosten auf geringere finanzielle Spielräume und größere Entfernungen – mit der Folge, dass Angebote ausgedünnt werden oder ganz wegfallen.

Reformen umgesetzt – Finanzierung nicht nachgezogen

Die Musikschulen haben in den vergangenen Jahren tiefgreifende strukturelle Veränderungen umgesetzt. Mit der konsequenten Umsetzung des Herrenberg-Urteils wurden Beschäftigungsverhältnisse in großem Umfang in sozialversicherungspflichtige Strukturen überführt. Mittlerweile werden 95 % des Unterrichts von festangestellten Lehrkräften erteilt.

Das war ein notwendiger und zukunftsweisender Schritt: für mehr Rechtssicherheit, bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Attraktivität des musikpädagogischen Berufs. Gleichzeitig entstehen den Trägern dadurch Mehrkosten in Millionenhöhe, die bislang nicht ausreichend gegenfinanziert sind. Hier zeigt sich ein grundlegendes Problem: Die Musikschulen haben die politisch gewollten Veränderungen mit Unterstützung ihrer kommunalen Träger umgesetzt. Das Land hat die daraus entstehenden finanziellen Folgen bislang jedoch weder ausreichend berücksichtigt noch mitgetragen.

Teilhabe sichern und Bildungsziele ernst nehmen

Erfolgreiche Programme wie „Wir machen die Musik!“ zeigen, wie kulturelle Teilhabe frühzeitig, niedrigschwellig und flächendeckend gestaltet werden kann. Ihre Finanzierung ist jedoch nicht nachhaltig gesichert und wird zunehmend auf Kommunen und Eltern verlagert. Dieses Auseinanderfallen von politischem Anspruch und tatsächlicher Finanzierung untergräbt die Glaubwürdigkeit bildungspolitischer Ziele des Landes.

→

Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung steigt der Bedarf an qualifizierten Bildungsangeboten weiter an. Musikschulen sind hierfür ideale und politisch ausdrücklich gewünschte Bildungspartner. Ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung droht sich die bestehende Schieflage jedoch weiter zu verschärfen – mit direkten Auswirkungen auf Qualität und Verlässlichkeit ganztägiger Bildungsangebote. Qualitätsverluste oder ein Rückzug aus Kooperationen wären die Folge.

Fachkräftemangel gefährdet die Zukunft musikalischer Bildung

Die größte Herausforderung für die musikalische Bildung liegt in der Sicherung qualifizierter Fachkräfte. Die Mikado-Musik-Studie zeigt, dass in den kommenden Jahren bundesweit rund 14.700 Musikschullehrkräfte aus dem Beruf ausscheiden werden, während nur etwa 4.000 Absolventinnen und Absolventen nachrücken.

Diese Entwicklung betrifft das gesamte Bundesgebiet, ihre Auswirkungen werden jedoch in Niedersachsen besonders deutlich spürbar sein. In ländlichen Regionen verschärfen sich Fachkräfteengpässe schneller und nachhaltiger als in urbanen Zentren. Ohne gezielte Gegenmaßnahmen droht ein flächendeckender Rückgang der Angebote – mit unmittelbaren Folgen für Bildungsgerechtigkeit und kulturelle Teilhabe.

Die Ursachen sind bekannt: begrenzte Ausbildungskapazitäten, eine unzureichende strukturelle Verzahnung von Ausbildung und Praxis sowie ein Berufsbild, dessen Attraktivität unter den bestehenden Rahmenbedingungen leidet. Zur Bewältigung des Fachkräftemangels braucht es daher eine verbindliche und langfristig angelegte Strategie.

Absehbare Entwicklungen

- Rückgang verfügbarer Unterrichtsangebote
- Wachsende Wartelisten und eingeschränkter Zugang
- Steigende Belastung des vorhandenen Personals
- Langfristiger Qualitätsverlust in der musikalischen Bildung

Erforderliche Maßnahmen

- Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen und Vergütung
- Aufwertung des künstlerisch-pädagogischen Berufsbildes
- Ausbau musikpädagogischer Studienkapazitäten
- Stärkung studienvorbereitender Angebote an Musikschulen
- Engere strukturelle Kooperationen mit Musikhochschulen

Was jetzt notwendig ist

- Die Musikschulen erfüllen ihren Bildungsauftrag – zunehmend jedoch unter Bedingungen, die ihre Leistungsfähigkeit gefährden. Gemeinsam mit ihren Trägern haben sie Strukturen angepasst, Qualität gesichert und ihre Rolle im Bildungssystem aktiv weiterentwickelt.
- Um ihren Fortbestand zu sichern, sind politische Entscheidungen und koordiniertes Handeln auf allen Ebenen wichtiger denn je.
- Der Landesverband niedersächsischer Musikschulen fordert das Land Niedersachsen auf, seiner Verantwortung für die musikalische Bildung jetzt verbindlich und nachhaltig gerecht zu werden:
- Anhebung der Landesförderung auf mindestens den Bundesdurchschnitt zur Stabilisierung der bestehenden Strukturen
- Verlässliche Beteiligung des Landes an den Mehrkosten aus dem Herrenberg-Urteil zur Vermeidung von Angebotsverlusten
- Aufbau einer langfristigen Fachkräftestrategie, die Ausbildung, Berufseinstieg und Beschäftigungsbedingungen systematisch in den Blick nimmt
- Dauerhafte Absicherung und Weiterentwicklung von Programmen kultureller Teilhabe
- Realistische finanzielle Ausstattung des Ganztagsbereichs, die die Einbindung öffentlicher Musikschulen dauerhaft ermöglicht

Musikalische Bildung ist eine Investition in gesellschaftlichen Zusammenhalt, kulturelle Teilhabe und die Zukunft junger Menschen. Wer sie stärken will, muss jetzt die notwendigen politischen und finanziellen Voraussetzungen schaffen.

Verabschiedet
von der Mitgliederversammlung
am 18.06.2026 in Peine

Landesverband niedersächsischer Musikschulen e. V.
Arnswaldtstraße 28
30159 Hannover

Tel. 0511.159 19 / Fax 0511.159 01
info@musikschulen-niedersachsen.de
www.musikschulen-niedersachsen.de
www.wimadimu.de